Geschrieben von: Lorenz
Samstag, den 03. März 2012 um 04:52 Uhr

Bei Schlecker geht es um 12000 Jobs, bei "Ihr Platz" um 900 - Drogerieketten auch im Weserbergland stark vertreten

Krellmann: Bundeskanzlerin Merkel soll "Schlecker zur Chefsache" machen

Hameln/Berlin (wbn). Bundeskanzlerin Angelika Merkel soll nach Ansicht der heimischen Linken-Bundestagsabgeordneten Jutta Krellmann „Schlecker zur Chefsache“ machen. Im Rahmen der Insolvenz des Schlecker-Konzerns sind 12000 Beschäftigte von einer Stellenstreichung betroffen.

Die Drogerie-Kette ist auch im Weserbergland stark vertreten. Hinzu kommen nochmals erwartete Mitarbeiter-Kürzungen und Filialschließungen bei „Ihr Platz“ – ebenfalls ein Tochterunternehmen aus dem einst Markt beherrschenden Schlecker-Reich, das auch in der Region vertreten ist. Betroffen sind in diesem Fall etwa 900 Arbeitsplätze. Die langjährige heimische Gewerkschafterin Krellmann sagte in einer den Weserbergland-Nachrichten.de vorliegenden Stellungnahme: „Ich sehe die Bundeskanzlerin in der Pflicht, eine Perspektive für die Schlecker-Arbeitsplätze zu schaffen. Es geht nicht an, dass immer Milliarden für die Rettung der Banken in die Hand genommen werden und bei der größten Unternehmensinsolvenz der letzten Jahre die Beschäftigten von der Regierung allein gelassen werden“.

Fortsetzung von Seite 1

Die Sprecherin der Fraktion Die Linke weiter: „Wenn die Politik jetzt nicht unverzüglich handelt, gibt es keine Möglichkeiten mehr, die Arbeitsplätze auch langfristig zu erhalten. Mit einem staatlichen Rettungsschirm könnte eine Transfergesellschaft gegründet und ein Investor für das Unternehmen gesucht werden.

Auch eine Übernahme des Betriebs durch die Beschäftigten sollte erwogen werden. Außerdem ist sicherzustellen, dass die derzeitigen Tarifverträge erhalten bleiben. Bei den betroffenen Beschäftigten handelt es sich vor allem um Frauen im Niedriglohnbereich. Es wäre

unverantwortlich, die Betroffenen jetzt auch noch in die Arbeitslosigkeit zu schicken oder ihnen Lohneinbußen zuzumuten. Jetzt ist Solidarität gefragt!“